

20.12.2012 - Wien / Bildung / Universitäten

Gesetzesentwurf für Rektoren "Etikettenschwindel"



Wien (APA) - Die Universitätenkonferenz (uniko) lehnt den Regierungsentwurf für einen Probelauf zur Studienplatzfinanzierung als "Etikettenschwindel" ab. Hauptproblem: Die laut Entwurf geplante "kapazitätsorientierte, studierendenbezogene Universitätenfinanzierung" sei weder kapazitätsorientiert noch studierendenbezogen, kritisierte uniko-Präsident

Heinrich Schmidinger Mittwochabend vor Journalisten. Zum Teil müssten ohnehin bereits überlaufene Unis noch mehr Studenten aufnehmen als bisher - auch als Folge eines Berechnungsfehlers im Entwurf, durch den auf die Studienanfänger im Sommersemester "vergessen" worden sei.

Durch das neue Gesetz soll ein Probelauf für eine Studienplatzfinanzierung in fünf "Studienfeldern" (Architektur und Städteplanung, Biologie und Biochemie, Informatik, Pharmazie und Wirtschaftswissenschaften) gestartet werden, die insgesamt 19 Studien umfassen. Die Mindestzahl aller Plätze pro Studienfeld soll dabei gesetzlich festgelegt werden und sich an der Studienanfängerzahl des Wintersemesters 2011/12 orientieren. Wie viele Plätze die einzelnen Unis anbieten, soll dann zwischen Hochschulen und Wissenschaftsministerium ausverhandelt werden. Gibt es mehr Interessenten als Plätze, können die Unis Zugangsregelungen - sprich Aufnahmeprüfungen oder andere Varianten der Studentenauswahl - beschließen.

Für Schmidinger handelt es sich dabei um ein "parteipolitisches Kompromisspapier" zwischen ÖVP und SPÖ: "Das erklärt sehr viele Widersprüchlichkeiten und kontraproduktive Effekte." Da die SPÖ im Grunde eine Platzbeschränkung nicht wolle, sei die Regelung nur eine halbe Sache mit halben Effekten: "Es entsteht da ein Konstrukt, das man irgendwie hinbekommen hat auf Basis eines kleinsten gemeinsamen Nenners."

Studienanfänger des Sommersemesters "vergessen"

So werde etwa die Zahl der Studienplätze nicht an den tatsächlichen Kapazitäten der Unis bemessen, sondern an der Zahl der Inskriptionen im Jahr 2011. "Und man sagt, die Zahl darf nicht sinken", so Schmidinger. Damit würden die derzeit oft "fatalen Verhältnisse" fortgeschrieben. Außerdem gelte die Regelung nur für Bachelor- und Diplomstudien, nicht aber für den Masterbereich. Der

Rektoren-Chef befürchtet außerdem "Verdrängungseffekte" - so seien etwa an der Wirtschaftsuniversität (WU) nur für einen von zwei sehr ähnlichen Bachelorstudiengängen Beschränkungen vorgesehen (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Anm.) und im anderen nicht (Wirtschaftsrecht, Anm.): "Die Studenten werden einfach die Seiten wechseln."

Und schließlich sei offenbar noch ein handwerklicher Fehler passiert: Das Ministerium habe der uniko bereits signalisiert, dass die im Entwurf stehenden Platzzahlen noch einmal wesentlich erhöht werden - in der Architektur von 1.530 auf 1.977, in der Biologie von 3.080 auf 3.778, in der Informatik von 1.930 auf 2.582, in den Wirtschaftswissenschaften von 7.800 auf 10.828 und in der Pharmazie von 1.200 auf 1.378, so uniko-Generalsekretärin Elisabeth Fiorioli. Grund: Im Entwurf wurden lediglich die Anfängerzahlen des Wintersemesters 2011 festgeschrieben und auf jene des Sommersemesters offenbar vergessen.

Als Folge müssten manche Unis 2013 aufgrund derzeit vorgesehener Umschichtungen zwischen den Unis trotz Platzbeschränkungen dann mehr Studenten aufnehmen als vorher. Betroffen wäre etwa die Pharmazie an der Uni Graz oder die Wirtschaftswissenschaften an der Uni Wien.

Stutzig macht die uniko außerdem ein "Selbsterstörungs-Paragraph" im Gesetz: Dieser lege fest, dass die gesamte Regelung außer Kraft trete, wenn nicht bis März 2014 noch einmal ein eigenes Gesetz beschlossen werde. Und auch die von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (V) im Zusammenhang mit der Beschlussfassung versprochenen 95 zusätzlichen Professuren würden nun plötzlich sehr weit ausgelegt. Als Professor sollen laut Schmidinger sämtliche Lehrende gelten, die in der Betreuung von Studenten eingesetzt werden können.

(Schluss) tal

ZUK0004 2012-12-20/10:01

201001 Dez 12

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.